

Gefangen im Netz

Die Weißrussische Regierung führt Internetsperren ein – und nutzt dafür eine recht deutsche Argumentation für Zensur im Netz

Autor: Olga Kapustina

Wie sieht der Weg in die Freiheit aus? Vielleicht wie die Schlange vor dem Verkaufsschalter zum Internetraum am Hauptbahnhof von Minsk Mitten in Weißrussland.

Denn hier kaufen Menschen aus „der letzten Diktatur Europas“ (Condolezza Rice) ein zeitlich befristetes Billet zur freien Welt, zum virtuellen Raum ohne Zensur und ohne vorgekaute Phrasen. Sie kaufen das Ticket raus aus der Realität der staatlich kontrollierten Medien. Eine blonde junge Frau fragt: „Wer ist der Letzte?“ Und dann reiht sie sich ein in eine lange Kette von Menschen, die mal sehen wollen, was so abgeht, da draußen. Nebenan links am Schalter werden Telefonrechnungen bezahlt. Eine Babuschka steht hier einsam mit ein paar Geldscheinen in der Hand. Im Fenster rechts langweilt sich die Verkäuferin: Briefmarken und Umschläge will gerade keiner haben. Nur vor dem Schalter für den Internet-Raum, da, wo sich die Blondine angestellt hat, da stehen die Menschen geduldig und warten auf ihre Chance für den Blick ins Netz.

Doch ausgerechnet den will Weißrusslands einsamer Präsident Alexander Lukaschenko nun auch noch verstellen. Wie in Deutschland geht es vordergründig um den Kampf gegen „Kinderpor-nos“ und Cyberkriminalität. Aber an und für sich will der Autokrat die Zensur auf das Netz ausdehnen.

Das Ganze begann weitgehend unbemerkt von der Netzöffentlichkeit im Westen am 1. Februar. Damals unterzeichnete Lukaschenko den Erlass „Über die Maßnahmen zur Optimierung der Nutzung des Internets“, der unter anderem die verbindliche Identifikation aller Internetnutzer vorsieht. Der Erlass soll am 1. Juli 2010 in Kraft treten. Um dann in Belarus online gehen

zu können, muss man seinen Ausweis vorzeigen. Die Daten aller User müssen ein Jahr lang gespeichert werden. Laut dem Dekret wird eine „Operationseinheit“, die direkt dem Präsidenten untersteht, das Internet kontrollieren: sowohl auf administrativer als auch auf inhaltlicher Ebene. Jeder Provider, jeder Blog-Post unterliegt seither dem Zugriff des Staates. Die Zensur-Behörde gibt es seit Frühjahr 2008. Ursprünglich war sie für die Vergabe von Adressen mit der belarussischen Endung „by“ zuständig. Im Januar wurden die Kompetenzen der „Operationseinheit“ schon einmal erweitert. Die Gesetzesänderung „Über kriminelle Ermittlungen“ erlaubte ihr, E-Mails „mutmaßlicher Täter“ zu lesen. Sie hat seither Zugriff auf alles. Sie überwacht wie der „Big Brother“ das derzeit noch offene Netz von Weißrussland.

Ab Juli kann die Behörde außerdem Anbieter vom Netz nehmen und Zugang zu Informationen zu blockieren, wenn diese zum Beispiel Aufrufe zur Gewalt oder zu den „extremistischen Aktivitäten“ beinhalten. „Grüße an Nordkorea“ – so kommentierte ein Internet-User den Erlass in einem weißrussischen Forum. Die Opposition sieht das wahre Ziel des Erlasses in der Verschärfung der Zensur vor der Präsidentschaftswahl in einem Jahr. Damit kein echter Herausforderer Lukaschenkos ans Licht treten kann und keine Opposition ein Medium findet, sich zu organisieren.

DE FACTO WIRD SCHON HEUTE KONTROLLIERT

Eine der Oppositionsaktivisten ist die 24-jährige Tatsiana Elavaya. Sie schreibt ihren Blog „Zmagarka“ (Kämpferin) um „richtige Ideen zu verbreiten und Diktatur im Lande zu stürzen“. Sie postet über Menschenrechtsverletzungen und Angriffe auf die Pressefreiheit in Belarus, aber auch über die Situation in Georgien, in der Ukraine oder im Iran. Die Seite

hat nach Angaben der Bloggerin 1500 bis 2000 Besucher pro Tag. Als gegen die Studentin nach der Präsidentschaftswahl im März 2006 eine Anzeige wegen „Organisation und Teilnahme an den Massenunruhen“ erhoben wurde, dienten unter anderem Auszüge aus Foren und ihrem Blog als Beweismaterial. Sie habe dort „Gewaltaufrufe und Beleidigungen des Präsidenten veröffentlicht“. Dies ist ein Beispiel dafür, dass die Macht schon damals ein wachsames Auge aufs Internet hatte.

Auch Paulyuk Bykowski glaubt nicht, dass es schlimmer wird - es ist so schon schlimm genug. Bykowski ist politischer Redakteur der unabhängigen Zeitung „Belarusy i rynok“. Er sagt: „Der Erlass wird nichts ändern. Er schafft nur den juristischen Rahmen für die Internetkontrolle, die sowieso schon existiert“. So würden die Websites der Oppositionsgruppen schon jetzt während der großen politischen Ereignisse blockiert und Internetnutzer identifiziert. Als Beispiel nennt Bykowski einen User, der in einem russischen Forum seine Beteiligung an den Explosionen im Juli 2008 in Minsk angedeutet hatte und innerhalb weniger Tage danach identifiziert war.

BLOGS ALS KAMPFMITTEL

In Belarus sind Weblogs ein Mittel im Kampf um das freie Wort – manchmal in den großen politischen Gefechten (zum Beispiel bei den Wahlen), aber ganz oft in den „kleinen“, täglichen Auseinandersetzungen mit der Willkür des Staatsapparats. Für die belarussische Opposition ist die Blogosphäre zu einem, vielleicht letztem Sprachrohr geworden, durch das sie ihre Ideen der Öffentlichkeit vorstellen. Mittlerweile hat fast jeder Oppositionspolitiker ein Blog oder eine Internetseite.

Die politische Bedeutung des Blogs in Weißrussland sollte man allerdings nicht



